

und Schule zu erteilen. Es wurde die „*Uebertrittskarte*“ geschaffen, die die wegen Abreise aus einer Sektion austretenden Mitglieder veranlassen soll, in die Sektion ihres neuen Wohnorts überzutreten. — Mit Rücksicht auf die zunehmende Verteuerung aller Lebensbedürfnisse wurde nach dem Vortrag von Centralsekretär K. Stoll eine Broschüre erstellt: „*Die Verteuerung der Lebenshaltung*“ und in einer Massenaufgabe durch Vermittlung der Sektionen an die Prinzipalschaft versandt. — Zugunsten der Aufnahme des „**Gewerbeartikels**“ (34ter) in die Bundesverfassung erliess das Centralkomitee einen *Aufruf* und verbreitete — gleichfalls durch Vermittlung der Sektionen — ein *Flugblatt*.

Die Delegiertenversammlung vom 20. und 21. Juni 1908 in Rorschach fasste eine *Resolution* zur Unterstützung der zweiten Eingabe des Centralkomitees zum **Bundesgesetz über Kranken- und Unfallversicherung**. — Durch Annahme eines bezüglichen Reglements wurde von der gleichen Versammlung als neue Institution des S.K.V. die **Fachprüfung für Buchhalter** ins Leben gerufen.

Vom 13. bis 25. Juli 1908 fand in Zürich der erste **Ferienkurs des S. K. V. für Handelsfachlehrer** statt. Im Anschluss daran wurde am 26. Juli die *dritte Unterrichtskonferenz für die deutsche Schweiz* abgehalten. — Die am Ferienkurs von Herrn Rektor R. Stähli, Zürich, gehaltenen zehn Vorlesungen über „*Kaufmännische Fortbildungsschule und Handelsfachunterricht*“ wurden wegen ihres bleibenden Wertes in Buchform herausgegeben.

An einer vom eidgenössischen Industriedepartement einberufenen *Konferenz* von Vertretern der grossen schweizerischen Verbände, die über das Vorgehen für die Ausführung des neuen Verfassungsartikels 34ter (*Gewerbeartikel*) zu beraten hatte, war auch der S.K.V. vertreten.

Die Revision der *Vollziehungsverordnung des Bundesrates* zum Bundesbeschluss von 1891 betreffend Förderung der kommerziellen Bildung gab dem Centralkomitee im folgenden Jahr — 1909 — Veranlassung zu einer sehr einlässlichen Korrespondenz mit den Bundesbehörden.

Die Delegiertenversammlung in Biel (26. und 27. Juni 1909) votierte eine *Resolution* zugunsten der Aufnahme einiger weiterer wichtiger Anträge zum *Obligationenrecht*, Titel Dienstvertrag. Sie stimmte einer Aenderung des Reglements betreffend die *Stellenvermittlung* zu, die eine *Erhöhung der Vermittlungstaxen* und die Einführung einer *Mindestdauer der Mitgliedschaft* von sechs Monaten für die Berechtigung zu den ermässigten Taxen bezweckte. — Ein Antrag auf Ausdehnung der *Vermittlung auf das weibliche Geschlecht* wurde abgelehnt.